

ANTRAG

der Fraktionen Die Linke und SPD

Schulen bei Gewalt- und Extremismusprävention stärken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Gewalt und die Bereitschaft, Gewalt auszuüben, nehmen in unserer Gesellschaft immer mehr zu. Dies zeigt sich z. B. in der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik. Auch an unseren Schulen als Spiegel der Gesellschaft steigt in den vergangenen Jahren die Anzahl meldepflichtiger Vorfälle, insbesondere von Gewaltvorfällen. Auch Vorkommnisse mit extremistischem Hintergrund beschäftigen unsere Schulen zunehmend. Bei den vorgenannten Fällen ist es wichtig, in Schulen konsequent und schnell zu handeln.
2. Der Landtag unterstützt alle Maßnahmen der Landesregierung zur Gewalt- und Extremismusprävention an Schulen. Dazu zählen insbesondere die Fortbildungsangebote für Schulleitungen und Lehrkräfte.
3. Die Lehrkräfte leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie, indem sie sich aktiv für die Werte und Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einsetzen. Der Landtag verurteilt jegliche Anfeindungen gegenüber Lehrkräften, die sich in diesem Sinne engagieren, und tritt allen Bestrebungen mit Nachdruck entgegen, die den Demokratieauftrag der Schule gemäß Schulgesetz infrage stellen. Der Landtag betont die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses, insbesondere das Überwältigungsverbot und das Kontroversitätsgebot.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bestehende Antigewaltkonzepte zu evaluieren und den aktuellen Anforderungen anzupassen, um den Schulen eine prägnante und systematische Zusammenfassung entsprechender Maßnahmen im Bereich der Prävention und Interventionen bereitzustellen.
2. vorhandene Maßnahmen im Bereich der Extremismusprävention und Demokratiebildung zu priorisieren.
3. zu prüfen, inwiefern ein digitales Netzwerk zur Unterstützung von Lehrkräften und Schulleitungen im Umgang mit extremistischen Verhaltensweisen in Unterricht und Schule im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel aufgebaut werden kann.
4. im Zuge der Überarbeitung des Schulgesetzes den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Lehrkräfte und des unterstützenden pädagogischen Personals in den Schulen mit Blick auf die Vermittlung und Verteidigung demokratischer Grundwerte zu schärfen und zu stärken.

Jeannine Rösler und Fraktion

Julian Barlen und Fraktion